



PERCEPTIONS

Policy Brief

Juli 2022

Sicherer Transfer für syrische Flüchtlinge oder doch von der ‚Politik vergessen‘?

Auswirkungen der EU-Türkei-Erklärung und des gemeinsamen griechischen Ministerbeschlusses

Hassan Javed (Center for the Study of Democracy, Sofia, Bulgarien)

● Zusammenfassung

Die EU-Türkei-Erklärung von 2016 und der darauffolgende Gemeinsame Ministerbeschluss Griechenlands von 2021, haben sich auf die Bestrebungen der Flüchtlinge ausgewirkt, ein besseres Leben in Europa zu suchen. Erstere legt Verfahren für die Rückführung illegaler Einwanderer aus Griechenland in die Türkei fest, um den Strom irregulärer Migration aus der Türkei nach Europa zu stoppen und den Tod bei der Überfahrt über die Ägäis zu verhindern; letzterer erklärt die Türkei zu einem sicheren Drittstaat und schränkt die Asylberechtigung für Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, Somalia, Pakistan und Bangladesch in Europa ein. Infolgedessen ist die Anzahl der illegalen Einwanderer, die die EU über die Ägäis und die Balkanroute erreichen, deutlich zurückgegangen. Andererseits wurden die Auswirkungen dieser rechtsverbindlichen Beschlüsse auf die Sicherheit der Flüchtlinge kritisiert. Die Türkei hat begonnen, sich ihrer Verantwortung gemäß der EU-Türkei-Erklärung zu entziehen und lässt einige Flüchtlinge in der Schwebelage, während die EU sich bemüht, legale Zuwanderungsmöglichkeiten zu schaffen. Der Gemeinsame Ministerbeschluss geht nicht darauf ein, wie syrische Flüchtlinge in der Türkei mit Ausgrenzung und fremdenfeindlicher Gewalt konfrontiert sind, und übersieht dabei die Bedrohung ihres Lebens und ihrer Existenzgrundlage. In diesem Policy Brief wird daher erörtert, welche Auswirkungen die EU-Türkei-Erklärung und der Gemeinsame Ministerbeschluss seit ihrer Umsetzung hatten, und ferner werden fünf politische Empfehlungen

diskutiert, welche die möglichen negativen Folgen gemildert werden könnten. Dazu gehört der Erlass eines europäischen Sanktions- und Überwachungsmechanismus für die Türkei, mit dem Ziel, der Aufhebung des Gemeinsamen Ministerbeschlusses. Dies soll zur Anerkennung der Gefahren, denen Flüchtlinge in der Türkei ausgesetzt sind, führen, und die Umsetzung eines Programms für die freiwillige humanitäre Aufnahme zu erhöhen, anstoßen – um die Zahl der neu angesiedelten syrischen Flüchtlinge zu erhöhen.

● Einleitung

Der Bürgerkrieg in Syrien geht nun schon ins elfte Jahr, und auf der Suche nach einem besseren Leben suchen immer mehr Syrer Zuflucht in anderen Ländern. Mehr als 3,6 Millionen Syrer haben in der benachbarten Türkei Zuflucht gesucht, und fast eine Million Flüchtlinge nennen den benachbarten Libanon ihr Zuhause (Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, 2022). Doch für die meisten Flüchtlinge werden diese Nachbarstaaten - mit ihren strengen Arbeitsbeschränkungen - nie zur Heimat werden. Für viele syrische Flüchtlinge ist das endgültige Ziel klar: Europa, das als Ort der Beschäftigung, Sicherheit und Gastfreundschaft wahrgenommen wird (Fleming, 2015). Das Beschaffen von Reisedokumenten und Visa aus den vom Krieg zerrütteten Ländern ist oftmals nicht möglich. Daher sind sie letztlich auf irreguläre Wege angewiesen – wie die Überquerung der Balkanroute auf dem Landweg durch die Türkei nach Griechenland und Bulgarien oder die Flucht über den Wasserweg durch das östliche Mittelmeer durch die Ägäis zu griechischen Inseln wie Leros, Samos und Lesbos – um Europa zu erreichen (ACAPS, 2021; Dockery, 2017). Durch die Nutzung dieser Route fallen sie unter den Geltungsbereich der EU-Türkei-Erklärung und des anschließenden Gemeinsamen Ministerbeschlusses Griechenlands, zweier Instrumente, die Leitlinien für den Umgang mit Flüchtlingen, die ohne Dokumente reisen festlegen.

Obwohl sich diese beiden Instrumente nicht speziell auf syrische Flüchtlinge beziehen, liegt der Fokus dieses Kurzdossiers, das sich an die politischen Entscheidungsträger der EU und Griechenlands richtet, ausschließlich auf ihnen. Seit elf Jahren führt die andauernde katastrophale humanitäre Lage in Syrien zu Migrationsbewegungen in eine sichere Umgebung. Statistisch gesehen, sind syrische Flüchtlinge die größte Flüchtlingsgruppe der Welt und statistisch gesehen auch die mit den meisten Asylanträgen in Europa (Europäische Kommission, 2021). Darüber hinaus bleiben viele Elemente der EU-Türkei-Erklärung, über die im Folgenden diskutiert werden wird, wie z. B. das Eins-zu-eins-Austauschprogramm für Flüchtlinge, syrischen Flüchtlingen vorbehalten (Europäischer Rat, 2016). Die EU-Türkei-Erklärung, die 2016 verabschiedet wurde, initiierte eine gemeinsame Anstrengung der EU und der Türkei, um die Zahl der irregulären Einreisen in die EU zu verringern, die Maßnahmen gegen Schleuser zu verstärken und den Tod von Flüchtlingen auf der Durchreise zu verhindern – indem Migranten eine Alternative geboten wird, um ihr Leben nicht aufs Spiel zu setzen (Europäischer Rat, 2016). Neben dem Erlass, dass die Türkei "alle erforderlichen Maßnahmen ergreift, um neue See- oder Landrouten für illegale Migration zu verhindern", wurde in der

Kernaussagen:

- *Aufgrund der Arbeitslosigkeit und der Unwirtlichkeit, mit der syrische Flüchtlinge in den Nachbarländern konfrontiert sind, sind die Länder der Europäischen Union ihre bevorzugten Zielländer.*
- *Die meisten syrischen Flüchtlinge erreichen Europa über die Balkanroute - über die Türkei auf dem Landweg nach Bulgarien oder Griechenland - oder über die östliche Mittelmeerroute, indem sie mit Booten von der Türkei zu den griechischen Inseln fahren.*
- *Die EU-Türkei-Erklärung zielt darauf ab, diese gefährlichen Einreisewege durch die Abschiebung von irregulär Eingereisten einzuschränken; für jeden zurückgeschickten Flüchtling, den die Türkei aufnimmt, wird die EU einen Flüchtling*

Erklärung festgelegt, dass jeder Flüchtling, der irregulär auf den griechischen Inseln ankommt (über die oben erwähnte östliche Mittelmeerroute), in die Türkei zurückgeschickt wird (Europäischer Rat, 2016).

Die EU hat in dem Abkommen auch festgelegt, dass im Gegenzug für die Rücknahme eines abgeschobenen Flüchtlings durch die Türkei ein anderer in der Türkei lebender Flüchtling legal in Europa umgesiedelt wird, wobei die Zahl der legalen Verfahren auf 72.000 begrenzt ist (Europäischer Rat, 2016). Für die Einhaltung der Erklärung wird die Türkei einen Betrag von 6 Milliarden Euro erhalten, der über einen Zeitraum von zwei Jahren für die Infrastruktur, den Lebensunterhalt und die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen ausgezahlt wird, und die türkischen Bürger werden die visafreie Einreisemöglichkeit in die Mitgliedstaaten der EU erhalten (Europäischer Rat, 2016). Es ist bemerkenswert, dass in der Erklärung keine gerichtliche Institution für eine mögliche Streitbeilegung zwischen der Türkei und der EU genannt wurde. Darüber hinaus ist nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichts die Rechtsnatur der Erklärung fraglich, und sie wird nur als "internationaler Dialog" und nicht als "Abkommen oder Vertrag" anerkannt (z. B. Rechtssache T 192/16, NF gegen Europäische Union, 2017). In gewissem Maße ist es jedoch den Bemühungen der beteiligten Parteien zu verdanken - insbesondere den strengen Grenzkontrollen und der 6-Milliarden-Euro-Ausstattung zugunsten von Flüchtlingen in der Türkei, dass die Zahl der irregulären Flüchtlingsankünfte im Laufe der Jahre weiter gesunken ist und 2021 nur noch 123.300 betragen wird, verglichen mit 1 Million im Jahr 2015 (UNHCR, 2021). Andererseits wurde im Juni 2021 der Gemeinsame Ministerbeschluss (JMD 42799/2021) erlassen, der die Türkei als sicheres Drittland für Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, Bangladesch, Pakistan und Somalia einstuft; aufgrund dieses Beschlusses wurden syrische Flüchtlinge in der Türkei als generell sicher und nicht asylbedürftig eingestuft. Seitdem beschränkt Griechenland die Zulassung von Asyl auf diejenigen syrischen Flüchtlinge, die nachweisen können, dass sie in der Türkei nicht sicher sind (Gupta, 2021). Griechenland hat zwar keine Angaben zu den Gründen für die Einführung des Gemeinsamen Ministerbeschlusses gemacht, aber Kritiker dieser Politik aus dem Bereich der NGOs, darunter das Internationale Rettungskomitee, haben sie als Versuch bezeichnet, "die Verantwortung für den Schutz der in Europa ankommenden Flüchtlinge [...] auf Drittländer zu verlagern" (International Rescue Committee, 2021).

Während die Erklärung die Zahl der illegal in der EU ankommenden Flüchtlinge und die Häufigkeit der Todesfälle auf der Durchreise verringert hat, wurden die EU-Türkei-Erklärung von 2016 und der Gemeinsame Ministerbeschluss Griechenlands von Akteuren wie Ärzte ohne Grenzen, dem IRC und Refugees International 2021 als Versuch Europas kritisiert, sich der Verantwortung für Flüchtlinge, die verzweifelt nach Sicherheit und einem besseren Leben suchen, zu entziehen (Chorou, 2021; International Rescue Committee, 2022; Refugees International, 2022). In diesem Kurzdossier wird daher untersucht, **wie sich die Einführung der EU-Türkei-Erklärung und des Gemeinsamen Ministerbeschlusses von 2021 auf syrische Flüchtlinge auswirkt und wie die Sicherheit der syrischen Flüchtlinge verbessert werden kann.**

aufnehmen, den die Türkei aufnimmt.

- *Als Teil des Abkommens wird die EU der Türkei außerdem 6 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, die sie zur Deckung des Flüchtlingsbedarfs verwenden wird.*
- *Trotz des vagen rechtlichen Charakters der Erklärung zwischen der EU und der Türkei sind die irregulären Flüchtlingsankünfte dank der gemeinsamen Anstrengungen deutlich zurückgegangen.*
- *Infolge des gemeinsamen Ministerbeschlusses hat Griechenland die Türkei als sicheres Drittland eingestuft und bietet nur denjenigen Flüchtlingen Asyl, die in der Türkei als gefährdet eingestuft wurden.*

(Un)Sichere Drittstaaten

Obwohl die Zahl der irregulären Flüchtlingsankünfte im Laufe der Jahre mit dem Erscheinen der Erklärung immer weiter zurückgegangen ist, sind die Zahl der Todesfälle auf der Überfahrt und die Zahl der Todesopfer nach wie vor beträchtlich hoch und steigen seit 2019 jedes Jahr an (UNHCR, 2021). Diese Todesfälle - die als Ursachen wie Ertrinken auf See zurückzuführen sind - wären durch einfache Such- und Rettungsaktionen und Anlegehilfen für Flüchtlingsboote durchaus vermeidbar; der Norwegische Flüchtlingsrat berichtet jedoch, dass Mitgliedstaaten wie Italien und Malta das Anlegen von Flüchtlingsbooten in ihren jeweiligen Häfen verboten, Geldstrafen für private Rettungsschiffe verhängt und Gesetze eingeführt haben, die ihre Arbeit erschweren (Hovring, 2021). Darüber hinaus haben es viele EU-Mitgliedstaaten - mit Ausnahme von Deutschland, Schweden und Bulgarien - versäumt, eine angemessene Anzahl von Flüchtlingen aufzunehmen (Christophersen, 2022). In Anbetracht der Tatsache, dass die Türkei 3,6 Millionen Flüchtlinge beherbergt, bietet die EU in der Erklärung selbst ausdrücklich nur Platz für 18.000 Migranten an, mit dem Potenzial, schrittweise Platz für 54.000 weitere zu schaffen; in der Erklärung wird auch auf ein "freiwilliges humanitäres Aufnahmesystem" verwiesen, dessen geplanter Start von der Entwicklung der Zahlen abhängt – wenn "irreguläre Grenzübertritte zwischen der Türkei und der EU [...] substantiell und nachhaltig reduziert werden". Allerdings wurde über dessen Umsetzung noch nicht gesprochen wurde (Europäischer Rat, 2016). Vor diesem Hintergrund haben eine Reihe von erratischen Beziehungen zwischen der EU und der Türkei die Situation nur noch weiter verschlimmert, wie von Nichtregierungsorganisationen wie Refugees International beobachtet wurde (Refugees International, 2022). Im Frühjahr 2020 nahm die Türkei ihre Unzufriedenheit mit dem zeitlichen Verzug der 6-Milliarden-Euro-Zahlungen zum Anlass und öffnete die Grenzen für Flüchtlinge. Hintergrund war, dass die Gelder an Flüchtlingsorganisationen statt an die türkische Regierung gingen. Dies stellte einen direkten Verstoß gegen die EU-Türkei-Erklärung dar (Carlotta & Matina, 2020). Die griechische Regierung reagierte mit der Feststellung, dass "die Türkei, anstatt die Schleusernetze von Migranten und Flüchtlingen zu bekämpfen, selbst zum Schleuser geworden ist", und stufte die Türkei mit dem Gemeinsamen Ministerbeschluss vom Juni 2021 als sicheres Drittland ein, wodurch Artikel 33 Absatz 2 Buchstabe c der europäischen Asylverfahrensrichtlinie aktiviert wurde. Dies ermöglicht den EU-Mitgliedstaaten, Asylanträge als unzulässig zu betrachten, wenn die Asylsuchenden in einem "sicheren Drittland" Zuflucht suchen können (Stevigridneff, 2020; European Union Agency for Asylum, 2013, S. 79). Während Griechenland damit begonnen hat, die Asylzulassung auf diejenigen syrischen Flüchtlinge zu beschränken, die nachweisen konnten, dass sie in der Türkei nicht sicher sind, hat die Türkei seit Beginn der COVID-19-Pandemie auch ihre Verpflichtung aus der EU-Türkei-Erklärung zur Aufnahme von Flüchtlingen, die von Griechenland zurückgeschickt wurden, gebrochen.

Kernaussagen:

- *Die Erklärung hat nur die Zahl der ankommenden Flüchtlinge verringert, nicht aber die Häufigkeit der Todesfälle auf den Flüchtlingsrouten.*
- *Die Türkei und Griechenland beschuldigen sich häufig gegenseitig, sich ihrer Verantwortung gegenüber Flüchtlingen zu entziehen, was die negativen Auswirkungen der EU-Türkei-Erklärung noch verstärkt.*
- *Griechenland bezeichnet die Türkei als sicheres Drittland. Daher bekommen nur die Flüchtlinge Asyl, die in dort als gefährdet gelten. Im Gegenzug weigert sich die Türkei, abgeschobenen Flüchtlinge aufzunehmen – was aber gegen die EU-Türkei-Erklärung verstößt.*

Wenn ein sicherer Drittstaat die Aufnahme eines Asylbewerbers verweigert, ist gem. Artikel 38 Absatz 4 der Europäischen Asylverfahrensrichtlinie ein Mitgliedstaat verpflichtet, die Anträge der Asylbewerber zu prüfen. Griechenland blieb aber untätig und ließ die Flüchtlinge auf den griechischen Inseln in einem rechtsunsicheren Zustand schweben (Bluett, 2021; European Union Agency for Asylum, 2013).

Etlche Faktoren verhindern, dass die Türkei ein dauerhaft sicherer Hafen für Flüchtlinge ist

Damit ein Land als sicheres Drittland für Flüchtlinge gelten kann, muss es gemäß Artikel 38 der Europäischen Asylverfahrensrichtlinie bestimmte Bedingungen erfüllen. Zu den Bedingungen, die für den Ausschluss der Türkei als sicheres Drittland relevant sind, gehören unter anderem (Agentur der Europäischen Union für Asylfragen, 2013):

- a) "Leben und Freiheit sind nicht aufgrund von Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder politischer Meinung bedroht";
- b) "Es besteht keine Gefahr eines ernsthaften Schadens";
- c) "der Grundsatz der Nichtzurückweisung gemäß der Genfer Konvention beachtet wird";
- d) "das Verbot der Abschiebung unter Verstoß gegen das Recht auf Freiheit von Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung, wie es im Völkerrecht verankert ist, beachtet wird";

Zahlreiche Flüchtlingsorganisationen wie Amnesty International und das International Rescue Committee stellen jedoch immer wieder fest, dass die Türkei gegen diese fünf Bedingungen verstößt und die Erwartung der EU-Türkei-Erklärung verletzt, dass "Migranten im Einklang mit den einschlägigen internationalen Standards geschützt werden", so dass die Türkei nach deren Auffassung nicht als sicherer Drittstaat bezeichnet werden kann (Amnesty International, 2019; Dent, 2021; Europäischer Rat, 2016). Selbst griechische Gerichte sind sich bewusst, dass die Türkei die fünf Bedingungen, die die europäische Asylverfahrensrichtlinie für sichere Drittstaaten vorschreibt, oft nicht erfüllt. Dies zeigt sich daran, dass seit der Unterzeichnung der EU-Türkei-Erklärung nur 2.140 irregulär ankommende Migranten abgeschoben wurden (International Rescue Committee, 2022); zum Vergleich: Allein in den letzten drei Jahren sind fast 73.823 Flüchtlinge illegal aus der Türkei auf die griechischen Inseln gereist (InfoMigrants, 2022).

Verletzung der Bedingungen A und B - Leben und Freiheit von Flüchtlingen werden in der Türkei bedroht und beeinträchtigt:

● *Argumente welche die Einstufung der Türkei als sicheren Drittstaat entgegenstehen, wurden von der EU nicht berücksichtigt.*

● *NGOs wie Amnesty International stellen immer wieder fest, dass die Türkei gegen die fünf Kriterien verstößt, welche einen sicheren Drittstaat kennzeichnen gem. Artikel 38 der Europäischen Asylverfahrensrichtlinie.*

Vor allem die fremdenfeindliche und nationalistische Stimmung in der Türkei bedroht das Leben der syrischen Flüchtlinge "aufgrund ihrer [...] Nationalität" und birgt das Risiko von "ernsthaftem Schaden" in Form von Unruhen, Verletzungen und Todesfällen, die auch durch die Verabschiedung der EU-Türkei-Erklärung nicht verhindert werden konnten (European Union Agency for Asylum, 2013). Im Jahr 2013 setzten türkische Menschenmengen in Ankara ein Gebäude in Brand, das syrischen Flüchtlingen eine Unterkunft bot (Hurriyet Daily News, 2014). Kürzlich wurde auch über türkische Menschenmengen berichtet, die als Vergeltung für eine Auseinandersetzung zwischen türkischen und syrischen Jugendlichen, bei der im September 2021 ein türkisches Kind ums Leben kam, Geschäfte und Häuser von Syrichern angriffen (Reuters, 2021). Diese Morde und Ausschreitungen werden durch eine "Wir-gegen-sie"-Mentalität angeheizt, die in der türkischen Gesellschaft mehr und mehr Fuß fasst. Es werden syrische Flüchtlinge beschuldigt, der türkischen Bevölkerung Beschäftigungsmöglichkeiten zu stehlen, während sie bequem von türkischen Steuergeldern leben (Simsek, 2015). Diese Misshandlung syrischer Flüchtlinge geschieht vor dem Hintergrund, dass die Türkei sich weigert, Flüchtlingen aus außereuropäischen Ländern den "in der Flüchtlingskonvention von 1951 geforderten Schutz" zu gewähren (Gupta, 2021). So erlaubt die Türkei syrischen Flüchtlingen nicht vollständig, "den Flüchtlingsstatus zu beantragen", und gewährt ihnen auch keinen "Schutz gemäß der Genfer Konvention" (European Union Agency for Asylum, 2013). Darüber hinaus ist die Türkei nicht mehr Unterzeichner der Istanbul-Konvention, einem von fünfundvierzig Staaten unterzeichneten Vertrag zur Bekämpfung von Gewalttaten und häuslicher Gewalt gegen Frauen. Viele syrische Frauen, die in der Türkei Zuflucht suchen, berichten, dass sie Opfer von Diskriminierung und Benachteiligung sind (Gupta, 2021).

Verletzung der Bedingungen C und D - Die Türkei schickt Flüchtlinge unter Lebensgefahr nach Syrien zurück:

Nach der Europäischen Asylverfahrensrichtlinie muss ein Staat, um als sicherer Drittstaat eingestuft zu werden, "den Grundsatz der Nichtzurückweisung gemäß der Genfer Konvention" beachten (Agentur der Europäischen Union für Asylfragen, 2013). Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty International haben jedoch in zahlreichen Fällen festgestellt, dass die Türkei gegen diesen Grundsatz verstößt. Zwischen 2019 und 2021 hat die Türkei fast 155.000 syrische Flüchtlinge aus verschiedenen Gründen in das vom Krieg zerrüttete Land zurückgeschickt. Als Gründe wurden unter anderem benannt illegale Einreise in die Türkei, geringfügige Straftaten oder "freiwillige Rückführung" (Middle East Monitor, 2022). Nach türkischem Recht werden selbst triviale und unbedeutende Handlungen als kriminell genug eingestuft, um die Abschiebung von Flüchtlingen zu rechtfertigen. So müssen sich syrische Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in der Türkei für eine provinzspezifische „Kimlik-Karte“ registrieren lassen und dürfen die Provinz, in der sie ausgestellt wurde, nicht verlassen. Daher wurden viele Flüchtlinge abgeschoben, weil sie sich in einer anderen Provinz als der befanden, in der sie für den vorübergehenden

- *Die Türkei verstößt gegen die in der Erklärung formulierten Erwartungen in Bezug auf den Schutz von Flüchtlingen. Syrische Flüchtlinge haben durch eine Welle fremdenfeindlicher Gewalt in der Türkei teils ihre Geschäfte, Häuser und ihr Leben verloren.*

- *Die Türkei garantiert weder Flüchtlingen noch vulnerablen Gruppen wie Frauen staatlichen Schutz.*

Schutz registriert waren (Syria Justice and Accountability Centre, 2020). Ebenso müssen syrische Flüchtlinge einen mühsamen Prozess durchlaufen, um legal sich am türkischen Arbeitsmarkt eingliedern zu können - ein Verfahren, das exorbitante Gebühren, mehrfache Registrierungen und Anträge sowie monatelanges Warten erfordert. Um zu überleben, arbeiten syrische Flüchtlinge jedoch ohne Arbeitserlaubnis – nach türkischem Recht eine Straftat, die eine Abschiebung nach Syrien rechtfertigt.

Von den drei Kategorien der Abschiebung ist es die „freiwillige“ Rückführung, die von Nichtregierungsorganisationen und Flüchtlingsverbänden am meisten angeprangert wird. Diese Organisationen berichten, dass diese "freiwilligen" Rückführungen manchmal tatsächlich „unfreiwillig“ sind und oft mit Gewalt, Erpressung und Drohungen einhergehen. In einem Bericht aus dem Jahr 2019 berichtet Amnesty International von 28 solcher Fälle. In einem Fall wurde ein 40-jähriger Syrer aufgefordert, ein Formular für die freiwillige Rückführung zu unterschreiben, das als "Quittung für eine Decke" ausgegeben wurde. Als er sich weigerte, unterschrieb der Dolmetscher selbst die Formulare des Flüchtlings und er wurde zurück nach Syrien abgeschoben (Amnesty International, 2019, S. 5). Mit der Rückführung von Flüchtlingen in Länder, in denen ihnen Gefahr droht, hat die Türkei gegen die Richtlinie der Erklärung verstoßen – gegen "den Grundsatz der Nichtzurückweisung zu achten" (Europäischer Rat, 2016).

Der griechische Gemeinsame Ministerbeschluss (Joint Ministerial Decision - JMD) könnte zahlreiche syrische Flüchtlinge in die rechtliche Bedeutungslosigkeit entlassen

Gemäß dem gemeinsamen griechischen Ministerbeschluss vom Juni 2021 lehnt Griechenland ab, dass syrische Flüchtlinge - neben Flüchtlingen aus Afghanistan, Bangladesch, Pakistan und Somalia - europäisches Asyl benötigen, indem es die Türkei als sicheren Drittstaat einstuft; Asyl wird nur denjenigen Flüchtlingen gewährt, die nachweisen, dass sie in der Türkei nicht sicher sind, und daher werden alle anderen illegal ankommenden Flüchtlinge nach ihrer Entdeckung in die Türkei abgeschoben. Da die Türkei jedoch seit März 2020 auch keine von Griechenland zurückgeschickten Flüchtlinge mehr aufnimmt, werden die Flüchtlinge in Lagern auf Inseln wie Lesbos und Chios inhaftiert, anstatt von Griechenland gemäß den in Artikel 38 Absatz 4 der europäischen Asylverfahrensrichtlinie genannten Gründen als Asylbewerber betrachtet zu werden (Refugees International, 2022; European Union Agency for Asylum, 2013). Diese Flüchtlinge leben dort unter besorgniserregenden Umständen und geraten in Vergessenheit - sie haben keinen Zugang zu Wohnraum, finanzieller Unterstützung, Beschäftigung und sogar zu Nahrungsmitteln (Dent, 2021). Das International Rescue Committee weist darauf hin, dass die Verzögerungen bei der Bereitstellung selbst der grundlegendsten materiellen Bedürfnisse auf eine insgesamt unzureichende Vorbereitung der griechischen Regierung zurückzuführen sind, da die Verantwortung für die Flüchtlinge vom UNHCR auf die nationale Regierung

• Unter direkter Missachtung des Völkerrechts hat die Türkei Gewalt, Erpressung, Drohungen und eine überzogene Auslegung des eigenen Strafrechts angewandt, um Flüchtlinge zurück nach Syrien abzuschieben - wo ihr Leben bedroht ist.

• Weil Griechenland nur Asylsuchende aufnimmt, die es in der Türkei als bedroht ansieht, und weil die Türkei keine Abschiebungen mehr akzeptiert, geraten einige Flüchtlinge in Vergessenheit.

übergegangen ist. Infolgedessen sind fast 25 % der hungernden Lagerbewohner Frauen, einige von ihnen schwanger, und 40 % der hungernden Lagerbewohner sind Kinder (Dent, 2021). Neben den Nahrungsmitteln ist auch das saubere Wasser begrenzt (Chorou, 2021).

Erschwerend kommt hinzu, dass syrische Flüchtlinge weder für die Richtlinie über den vorübergehenden Schutz in Frage kommen, die ihnen im Interesse des internationalen Schutzes in den EU-Mitgliedstaaten eine einjährige Aufenthaltsgenehmigung gewähren würde, noch für eine Aussetzung des Dubliner Übereinkommens, die es ihnen ermöglichen würde, ihre Asylanträge in anderen Ländern als dem Ankunftsland (Griechenland) zu bearbeiten (Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2001; Europäische Kommission, o.J.). Außerdem fehlen diesen Flüchtlingen Dokumente, die ihren Einwanderungsstatus belegen. Von Flüchtlingen verlangt die neue griechische Gesetzgebung, dass diese einen Antrag auf Ablehnung ihrer Asylzulassung stellen, welcher mit der Zahlung einer Gebühr von 100 Euro gekoppelt ist: eine unüberwindbare Hürde für viele Flüchtlinge, die nicht einmal die Garantie für drei Mahlzeiten pro Tag haben (Refugees International, 2022). Diese Stressfaktoren haben unvorstellbare medizinische Folgen für die syrischen Flüchtlinge, die in diesen Lagern festsitzen. Ärzte ohne Grenzen berichtet, dass viele Bewohner dieser Lager "unter schweren psychischen Erkrankungen, einschließlich posttraumatischer Belastungsstörungen und Depressionen" litten und auch Selbstmordversuche und Selbstverletzungen weit verbreitet waren, wobei das jüngste Opfer gerade einmal sechs Jahre alt war (Chorou, 2021). Forscher haben auch über erhöhte Werte von Atemwegserkrankungen, Shigellen, Hepatitis und Leishmanien berichtet (Papadimos, Pappada, Lyaker, Papadimos, & Casabianca, 2020).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Erklärung zwischen der EU und der Türkei zwar die irreguläre Einreise nach Europa reduziert hat - durch strengere Grenzkontrollen und die Bereitstellung von Sozialleistungen für Flüchtlinge -, dass aber der griechische Gemeinsame Ministerialbeschluss (JMD 42799/2021) zur Einstufung der Türkei als sicheres Drittland syrische Flüchtlinge anfällig für Diskriminierung, Zurückweisung, Fremdenfeindlichkeit und Schaden macht. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass die Türkei beginnt, sich ihrer Verantwortung gemäß der EU-Türkei-Erklärung zu entziehen, und die Europäische Union beschuldigt wird, nicht genügend Flüchtlinge aufzunehmen und die in griechischen Insellagern untergebrachten Flüchtlinge in der Schwebe zu lassen. Im Rahmen ihrer Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen kann die Europäische Union Maßnahmen ergreifen, um die negativen Auswirkungen der EU-Türkei-Erklärung zu mildern und die Sicherheit der syrischen Flüchtlinge zu gewährleisten.

- *Das griechische Asylsystem ist durch die Verlagerung der Zuständigkeit für Flüchtlinge vom UNHCR auf die griechische Regierung unter Druck geraten.*
- *Diese belastende Situation wird noch dadurch verschärft, dass syrische Flüchtlinge keinen Anspruch auf die Richtlinie über den vorübergehenden Schutz haben und noch dazu das Dubliner Übereinkommen ausgesetzt wurde.*
- *Neben der mangelnden Unterbringung, fehlender finanzieller Unterstützung, fehlender medizinischer Versorgung, keiner Möglichkeit zu arbeiten und teils unterversorgt, werden diese Flüchtlinge in der „Vergessenheit“ zurückgelassen, wobei eine Vielzahl von ihnen an psychologischen und physiologischen Störungen leidet, die eine sofortige medizinische Versorgung erfordern würden.*

Empfehlungen

Empfehlung 1: Um die hohe Zahl der Todesfälle auf dem Weg nach Europa zu verringern, sind sicherere und legale Zugangswege für Flüchtlinge erforderlich. Daher sollte die EU nach einer Bewertung der bisherigen Umsetzung und der Auswirkungen der EU-Türkei-Erklärung einen Dialog zwischen den Mitgliedstaaten über die Aktivierung des Programms für die freiwillige humanitäre Aufnahme einleiten, um die Zahl der Migration von Flüchtlingen zu erhöhen, wie es die Europäische Kommission im Fünften Jahresbericht über den Mechanismus für Flüchtlinge in der Türkei empfiehlt.

Empfehlung 2: Griechenland sollte den Gemeinsamen Ministerbeschluss vom Juni 2021, der die Türkei als "sicheres Drittland" einstuft, überdenken und die Prüfung von Asylanträgen syrischer Flüchtlinge auf der Grundlage von Fakten wieder aufnehmen. Flüchtlinge in der Türkei sind schwerer fremdenfeindlicher Gewalt ausgesetzt, haben keinen Zugang zu einem Asylstatus und werden wahllos nach Syrien zurückgeschickt, manchmal unter Lebensgefahr.

Empfehlung 3: Griechenland sollte sich auf Artikel 38(4) der Europäischen Asylverfahrensrichtlinie berufen, um Lösungen für das rechtliche Vergessen zu finden, dem Flüchtlinge auf seinen Inseln ausgesetzt sind. Außerdem sollte es diesen Flüchtlingen Dokumente zur Verfügung stellen, die ihren Einwanderungsstatus belegen, und die Asylsuchenden von der unüberwindbaren Gebühr von 100 € für die erneute Beantragung von Asyl befreien, wenn sie zuvor abgelehnt wurden. Um das griechische Einwanderungssystem zu entlasten, könnte die Richtlinie über den vorübergehenden Schutz auf syrische Flüchtlinge angewandt werden, so dass sie eine einjährige Aufenthaltsgenehmigung in den EU-Mitgliedstaaten erhalten, und das Dubliner Übereinkommen sollte für syrische Flüchtlinge ausgesetzt werden, damit ihre Asylanträge in anderen Ländern als dem Ankunftsland bearbeitet werden können.

Empfehlung 4: Für die in den Lagern auf den griechischen Inseln gestrandeten Flüchtlinge ist eine vollständige Versorgung medizinisch, monetär und mit Nahrungsmitteln erforderlich. Der desolate medizinische, ernährungstechnische und finanzielle Zustand dieser Flüchtlinge - viele von ihnen Kinder und Frauen - macht schmerzlich deutlich, dass die EU-Migrationspolitik grundlegend geändert werden muss. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass alle ihre Überlebensbedürfnisse befriedigt werden, und auch medizinische NRO wie Ärzte ohne Grenzen (MSF) müssen einen besseren Zugang zu diesen Menschen erhalten.

Empfehlung 5: Trotz des strittigen rechtlichen Charakters der EU-Türkei-Erklärung und der mangelnden Spezifizierung der Streitbeilegung sollte die Europäische Union Sanktionen gegen die Türkei verhängen und die

Kernaussagen:

- Die Europäische Union muss den Flüchtlingen sichere und legale Wege nach Europa bieten.
- Griechenland sollte seinen Gemeinsamen Ministerbeschluss von 2021 überdenken und die Türkei nicht mehr als sicheren Drittstaat betrachten.
- Flüchtlinge, die auf den griechischen Inseln festsitzen, sollten die entsprechenden Einwanderungsdokumente erhalten und ihre Asylanträge sollten ohne die Gebühr von 100 Euro bearbeitet werden. Die EU sollte auch Strategien entwickeln, um das griechische Asylsystem zu entlasten.
- Flüchtlinge, die in Vergessenheit geraten sind, sollten die medizinische Versorgung, Bargeld und Lebensmittel erhalten, die sie benötigen.
- Die EU sollte die Sanktionen gegen die Türkei fortsetzen und die

bestehenden Überwachungsmechanismen verfeinern, da die Türkei ihrer Verantwortung für den Schutz syrischer Flüchtlinge innerhalb ihrer Grenzen nicht nachkommt. Die von zahlreichen Nichtregierungsorganisationen **dokumentierten Verstöße der Türkei gegen die EU-Türkei-Erklärung und die Grundsätze der Nichtzurückweisung sollten ebenfalls berücksichtigt werden, wenn die EU den Verhandlungsprozess für den Beitritt der Türkei zur EU bewertet.**

bestehenden Überwachungsmechanismen für deren Versäumnisse beim Schutz syrischer Flüchtlinge verfeinern.

Literaturverzeichnis

- ACAPS. (2021, December 20). Eastern Mediterranean Route. (ACAPS) Retrieved from Overview: <https://www.acaps.org/country/greece/crisis/eastern-mediterranean-route->
- Amnesty International. (2019). SENT TO A WAR ZONE - TURKEY'S ILLEGAL DEPORTATIONS OF SYRIAN REFUGEES. Retrieved from Amnesty: <https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2021/05/EUR4411022019ENGLISH.pdf>
- Bluett, K. (2021, November 10). Living in Limbo: The Impact of Greece's Safe Third Country Policy on Afghan Asylum Seekers. Retrieved from Just Security: <https://www.justsecurity.org/79134/living-in-limbo-the-impact-of-greeces-safe-third-country-policy-on-afghan-asylum-seekers/>
- Carlotta, G., & Matina, S.-G. (2020, March 1). Erdogan Says, 'We Opened the Doors,' and Clashes Erupt as Migrants Head for Europe. (The New York Times) Retrieved from The New York Times: <https://www.nytimes.com/2020/02/29/world/europe/turkey-migrants-eu.html>
- Case T-192/16, NF v. European Union, ECLI:EU:T:2017:128 (THE EUROPEAN GENERAL COURT (First Chamber, Extended Composition) February 28, 2017).
- Chorou, E. (2021, June 9). EU migration policies are causing tremendous human suffering on the Greek islands. Retrieved from Doctors without Borders: <https://www.doctorswithoutborders.org/latest/eu-migration-policies-are-causing-tremendous-human-suffering-greek-islands>
- Christophersen, E. (2022, June 30). A few countries take responsibility for most of the world's refugees. (Norwegian Refugee Council) Retrieved from NRC Global Figures: <https://www.nrc.no/shorthand/fr/a-few-countries-take-responsibility-for-most-of-the-worlds-refugees/index.html>
- Dent, N. (2021, October 18). Joint statement: Are you eligible to eat? Retrieved from Rescue: <https://eu.rescue.org/press-release/joint-statement-are-you-eligible-eat>
- Dockery, W. (2017, March 29). The Balkan Route - explained. (InfoMigrants) Retrieved from Understanding Europe: <https://www.infomigrants.net/en/post/2546/the-balkan-route--explained>

- European Commission, Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations (26.05.2021) Fifth Annual Report on the Facility for Refugees in Turkey Retrieved from: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/fifth-annual-report-facility-refugees-turkey_en
- European Commission. (2021, January 1). Overall figures of immigrants in European society. (European Commission) Retrieved from Directorate-General for Communication: https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/promoting-our-european-way-life/statistics-migration-europe_en
- European Commission. (n.d.). Dublin Convention. (European Commission) Retrieved from Migration and Home Affairs: https://home-affairs.ec.europa.eu/pages/glossary/dublin-convention_en
- European Council. (2016, March 18). EU-Turkey statement, 18 March 2016. (European Union) Retrieved from European Council Press Release: <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2016/03/18/eu-turkey-statement/>
- European General Court (28.02.2017), T-192/16 - NF v European Council Retrieved from: <https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-192/16&language=en>
- European Union, Directive 2013/32/EU of the European Parliament and of the Council of 26 June 2013 on common procedures for granting and withdrawing international protection, Retrieved from: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/en/TXT/?uri=celex%3A32013L0032>
- European Union Agency for Asylum. (2013, June 26). Common Procedures for Granting and Withdrawing International Protection Retrieved from Official Journal of the European Union: <https://euaa.europa.eu/sites/default/files/public/Dve-2013-32-Asylum-Procedures.pdf>
- European Union, Council Directive 2001/55/EC of 20 July 2001 on minimum standards for giving temporary protection in the event of a mass influx of displaced persons and on measures promoting a balance of efforts between Member States in receiving such persons and bearing the consequences thereof Retrieved from: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/en/ALL/?uri=CELEX:32001L0055>
- Farooq, U. (2022, January 12). How killing of Syrian refugee marks an alarming trend in Turkey. (Al Jazeera Media Network) Retrieved from Al Jazeera: <https://www.aljazeera.com/news/2022/1/12/turkey-news-log-jan-12>
- Fleming, M. (2015, October 25). Six reasons why Syrians are fleeing to Europe in increasing numbers. (The Guardian) Retrieved from Working in development: <https://www.theguardian.com/global-development-professionals-network/2015/oct/25/six-reasons-why-syrians-are-fleeing-to-europe-in-increasing-numbers>
- Gupta, M. (2021, August 27). Turkey as a “Safe Third Country” for Asylum Seekers. Retrieved from <https://www.promisehumanrights.blog/blog/2021/8/turkey-as-a-safe-third-country-for-asylum-seekers>

- Hovring, R. (2021, May 4). Asylum Policy. (Norwegian Refugee Council) Retrieved from Norwegian Refugee Council: <https://www.nrc.no/perspectives/2021/eight-reasons-why-people-are-dying-in-the-mediterranean/>
- Hurriyet Daily News. (2014, May 8). Crowd sets fire to Ankara building for Syrian refugees over rumors of beaten local. Retrieved from Hurriyet Daily News: <https://www.hurriyetaidailynews.com/crowd-sets-fire-to-ankara-building-for-syrian-refugees-over-rumors-of-beaten-local-66161>
- InfoMigrants. (2022, January 7). Migration: Fewer people arrived on Greek Islands in 2021. Retrieved from InfoMigrants: <https://www.infomigrants.net/en/post/37717/migration-fewer-people-arrived-on-greek-islands-in-2021>
- International Rescue Committee. (2021, June 14). Joint NGO statement on Greek government's decision to deem Turkey a "safe" country. (International Rescue Committee) Retrieved from International Rescue Committee: <https://eu.rescue.org/press-release/joint-ngo-statement-greek-governments-decision-deem-turkey-safe-country>
- International Rescue Committee. (2022, March 18). What is the EU-Turkey deal? Retrieved from A Europe that protects: <https://eu.rescue.org/article/what-eu-turkey-deal>
- Middle East Monitor. (2022, February 18). Turkey has forcibly deported 155,000 refugees back to Syria, report says. Retrieved from Middle East Monitor: <https://www.middleeastmonitor.com/20220218-turkey-has-forcibly-deported-155000-refugees-back-to-syria-report-says/>
- Papadimos, T., Pappada, S., Lyaker, M., Papadimos, J., & Casabianca, A. (2020, April 29). Health Security and the Refugee Crisis in Greece: The Refugee Perspective. Contemporary Developments and Perspectives in International Health Security.
- Refugees International. (2022, March 17). Refugees International. Retrieved from Refugees International: <https://www.refugeesinternational.org/reports/2022/3/16/eu-turkey-statement-six-years-of-undermining-refugee-protection>
- Reuters. (2021, August 12). Syrian properties in Ankara attacked after youth killed. Retrieved from Reuters: <https://www.reuters.com/world/middle-east/syrian-properties-ankara-attacked-after-youth-killed-2021-08-12/>
- Simsek, D. (2015, January 27). Anti-Syrian racism in Turkey. Retrieved from openDemocracy: <https://www.opendemocracy.net/en/north-africa-west-asia/antisyrian-racism-in-turkey/>
- Stevis-Gridneff, M. (2020, March 1). Greece Suspends Asylum as Turkey Opens Gates for Migrants. (The New York Times Company) Retrieved from New York Times: <https://www.nytimes.com/2020/03/01/world/europe/greece-migrants-border-turkey.html>
- Syria Justice and Accountability Centre. (2020, October 8). Turkey continues to deport Syrians to Idlib, violating international law. Retrieved from Syria Justice and Accountability Centre: <https://syriaaccountability.org/turkey-continues-to-deport-syrians-to-idlib-violating-international-law/>

UNHCR. (2021). No end in sight. Retrieved from UNHCR: <https://storymaps.arcgis.com/stories/07502a24ce0646bb9703ce96630b15fa>

United Nations High Commissioner for Refugees. (2022, June 14). Operational Data Portal. (United Nations High Commissioner for Refugees) Retrieved from Ukraine Refugee Situation: <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine>

United Nations High Commissioner for Refugees. (2022). Trend of Registered Syrian Refugees. (United Nations High Commissioner for Refugees) Retrieved from Operational Data Portal: <https://data.unhcr.org/en/situations/syria>

○ **Webseite des Projekts**

www.perceptions.eu

project.perceptions.eu

○ **Kontakt zum Projekt**

Office@perceptions.eu

Hassan Javed – hassan.j@columbia.edu



Acknowledgement: This project has received funding from the European Union's Horizon 2020 Research and Innovation Programme under Grant Agreement No 833870.

Disclaimer: The content of this publication is the sole responsibility of the authors, and in no way represents the view of the European Commission or its services.